

**Miteinander stark**  
Sozial . Modern . BayernSPD

Bayern

**SPD**

**66.**

# Ordentlicher PARTEI TAG

**Samstag | 27. Juni 2015**

**Sonntag | 28. Juni 2015**

Im Energiepark Hirschaid

**BESCHLUSSBUCH**

## Inhalt

Angenommene und überwiesene Anträge .....	4
Wohnen und Bauen.....	4
B 1 Wohnen für die Leut‘ statt Geld für die Spekulanten .....	4
B 3 Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.....	12
B 5 Mietwucher wirksam bekämpfen.....	12
B 10 Wohnraumaufsicht auf Bundesebene verankern .....	13
B 11 Werkwohnungen schaffen – günstigen Wohnraum erhalten .....	13
B 12 Sozialwohnungsquote einführen.....	14
B 13 Bundeseinheitliche Mindestqualifikation für Makler und Hausverwalter.....	14
B 15 Bezahlbarer Wohnraum statt Reprivatisierung.....	14
B 16 Energetische Sanierung: Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln .....	15
B 19 Staatliche Wohnungsbaugesellschaft für Südbayern errichten .....	15
B 21 Wohnungsmarktorientiertes Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern zugunsten der bayerischen Ballungsräume auflegen.....	15
B 22 Barrierefreie Rettungswege .....	16
Arbeit und Rente .....	17
A 2 Für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen! .....	17
A 4 Hände weg von der Dokumentationspflicht!.....	18
A 6 Betriebliche Mitbestimmung bei Werkverträgen stärken .....	18
A 7 Verpflichtung zur Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren .....	19
A 9 ArbeitnehmerInnenkammer Bayern Einführung einer gesetzlichen ArbeitnehmerInnenvertretung in Bayern .....	20
A 10 Für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!.....	22
A 11 Sachgrundlose Befristung abschaffen – auch und gerade im Öffentlichen Dienst.....	23
A 12 Digitalisierung der Arbeitswelt .....	24
A 16 Das Rentenpaket weiterentwickeln: Reform und Revitalisierung der gesetzlichen Rente – Den Lebensstandard im Alter sichern .....	27
A 22 Sichere Arbeitsplätze schaffen! .....	41
A 23 Union-Busting .....	42
A 25 Anonymisierte Bewerbungen – Chancengleichheit für alle .....	43
Soziales und Gesundheit.....	44
S 1 Vorbereitungen zur Einführung der Bürgerversicherung weiterführen.....	44
S 4 Reform der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und Sozialwahlen .....	44

S 5 Vertrauen in die Organspende und Organtransplantation fördern durch Schaffung transparenter Strukturen .....	45
S 6 Flüchtlinge und Asylbewerber mit einer Krankenversicherungskarte der GKV auszustatten .....	45
S 7 Unterstützung der Hebammen und EntbindungspflegerInnen.....	46
S 9 Gesetzliche Personalschlüssel-Regelung im Gesundheits- und Pflegebereich.....	47
S 11 Gewinnung von Pflegefachkräften mit ausländischen Abschlüssen und Auszubildenden mit Migrationshintergrund .....	48
S 12 Die Kosten von Betreuungsverfahren nicht den Betroffenen aufbürden .....	49
S 13 Fachärztliche Überprüfung auf Sinnesbeeinträchtigungen in Pflegeeinrichtungen verpflichtend einführen.....	50
S 14 Impfquote: Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote .....	50
S 16 Einführung neuer Entgeltformen in der Psychiatrie/ Psychosomatik (PEPP) stoppen ..	54
S 17 Keine Stigmatisierung von psychisch erkrankten Menschen .....	54
S 19 Leitlinien zur psychiatrischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Bayern .....	56
S 19 Einführung einer Stoffgruppenregelung in das Betäubungsmittelgesetz um den Handel gesundheitsgefährdender Designerdrogen ohne zeitliche Lücke zu kontrollieren und ggf. zu unterbinden .....	57
S 20 Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten.....	57
Wirtschaft, Steuern, Finanzen .....	59
Resolution: TTIP - Transparenz als Handlungsleitlinie.....	59
W 1 Steuerpolitik.....	62
W 3 Für die Etablierung einer Vermögenssteuer! .....	63
W 4 Neuregelung der Mehrwertsteuer.....	64
W 5 Wirtschaftspolitische Debatte in der SPD.....	65
W 14 Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum .....	66
W 15 Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren - Demokratie stärken .....	72
W 17 Public-Private-Partnership.....	74
W 20 Beibehaltung Verbot von Fremdkapital bei freien Berufen.....	75
W 21 Crowdfunding erleichtern, den grauen Kapitalmarkt regeln.....	75
W 22 Antrag auf Befreiung kleiner Genossenschaften (i.S. 267 Abs. 1 HGB) von der Mitgliedschafts- und Prüfungspflicht im Genossenschaftsverband.....	76
W 23 Erleichterung der Teilnahme von KMU und Existenzgründern an öffentlichen Ausschreibungsverfahren .....	76
Bildung.....	77
Bi 3 Bayern braucht ein Bildungsfreistellungsgesetz!.....	77
Umwelt und Energie.....	78

U 1 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris.....	78
U 2 Zur Organisation der Energiewende .....	80
U 4 Bürgerenergie braucht Perspektive und Planungssicherheit.....	81
U 5 Umsetzung der Energiewende.....	82
U 7 Keine Bad Bank für die Atomlobby .....	82
U 8 Hydraulic Fracturing.....	83
U 11 Genmais 1507 stoppen!.....	84
U 12 Einführung gesetzlicher Kennzeichnungspflicht von Pelzprodukten .....	86
U 13 Heimische Eiweißpflanzen auch nach 2016 weiter fördern.....	86
U 14 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik.....	87
Innen.....	90
I 1 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	90
I 2 Ablehnung einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.....	92
I 3 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU .....	93
I 4 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	96
I 5 Vorratsdatenspeicherung – Nein Danke!.....	97
I 7 Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent.....	99
I 8 Forderungen für Opfer von Sexualdelikten.....	114
I 9 Forderungen für Missbrauchsoffer .....	114
Internationales .....	115
In 5 Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa .....	115
Initiativ.....	118
Ini 1 Tarifbindung und Mitbestimmung schützen – Solidarität mit den Beschäftigten der Post AG .....	118
Ini 2 Cannabis entkriminalisieren.....	120
Aufhebung des Fraktionszwang bei Ehe für alle .....	120
Ini 3 Antragsverfahren nach Landesparteitagen .....	121
II. Weitere Anträge.....	122

Jusos

Empfänger:

Bundestagsfraktion

**W 4 Neuregelung der Mehrwertsteuer**  
(Überwiesen als Material)

Die heutige Mehrwertsteuer (auch: Umsatzsteuer) wurde 1968 mit dem Wandel der Allphasen-Bruttoumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer eingeführt. Der Normalsatz betrug damals zehn Prozent, der ermäßigte Satz fünf Prozent. Die Erhöhung des normalen Mehrwertsteuersatzes durch die große Koalition auf 19 Prozent war bis dato die siebte und letzte Erhöhung. Der ermäßigte Steuersatz beträgt aktuell sieben Prozent. Auf europäischer Ebene ist die Umsatzsteuer durch die am 01. Januar 2007 in Kraft getretene Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) relativ einheitlich geregelt: Die Mitgliedsstaaten der EU können dabei den Regelsatz mit einer Untergrenze von 15 Prozent und einer Obergrenze von 25 Prozent festlegen. Daneben ist es möglich für bestimmte Waren- bzw. Leistungsgruppen reduzierte Sätze zu erheben. Nach Maßgabe der EU-Richtlinie können einzelne Leistungsgruppen auch ganz von der Mehrwertsteuer befreit werden. In Deutschland wird die Nullsatzregelung beispielsweise in Bezug auf den internationalen Luft- und Seeverkehr angewandt. Arztbesuche, Bankdienstleistungen und Mieten sind ebenfalls von der Mehrwertsteuer befreit.

Mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz sollten ursprünglich wichtige Güter des täglichen Gebrauchs steuerlich geschont werden. In der Anlage 2 zu §12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG sind die Güter aufgeführt, für welche in Deutschland der niedrigere Steuersatz gilt. Allerdings folgt diese Auflistung keiner bestimmten Systematik. Die vielen Änderungen und Ergänzungen der letzten 42 Jahre sind vielmehr das Ergebnis der Lobbyarbeit verschiedener Interessengruppen bzw. sie dienen den regierenden Parteien dazu, Steuergeschenke für ihre jeweilige Klientel zu machen. Dies konnte man zuletzt beim Beschluss des ermäßigten MwSt-Satzes für Hotelübernachtungen auf Drängen der FDP beobachten. Das Ergebnis ist ein Waren- und Dienstleistungsmisch-Masch für welchen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, der unter objektiven Gesichtspunkten für niemanden nachvollziehbar ist. So gelten beispielsweise Schokolade oder Pornohefte als Güter des täglichen Bedarfs und werden nur mit dem ermäßigten Satz besteuert, wohingegen Babywindeln und Arzneimittel der vollen Besteuerung unterliegen. Lebensmittel werden mit sieben Prozent besteuert. Genauso Leitungswasser und Tee. Für Mineralwasser gilt dagegen der Steuersatz von 19 Prozent. Pferde, einschließlich reinrassiger Zuchttiere, werden steuerlich begünstigt, ebenso Maulesel und Maultiere. Esel hingegen werden mit 19 Prozent besteuert.

Die Änderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte führten im Ergebnis zu einer Rechtslage, welche dringend einer Korrektur bedarf. Aus diesem Grund fordern wir Jusos eine grundlegende Überarbeitung des §12 UStG, sowie der Anlage 2. Dabei sind insbesondere auch sozial- und familienpolitische Aspekte zu berücksichtigen. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz sollte dabei neben Lebensmitteln und Hygieneartikel für Kleinkinder insbesondere auch auf Medikamente und Arzneimittel, sowie den

- 45 Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs ausgeweitet werden. Weitergehende Ermäßigungen insbesondere auf Güter, welche nicht die Grundbedürfnisse abdecken, bedürfen einer strengen Überprüfung. Damit soll dem ursprünglichen Grundgedanken des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes, eben die steuerliche Schonung von Gütern des täglichen Bedarfs, Rechnung getragen werden.
- 50 Für Luxusgüter (Konsumgüter, welche in der Anschaffung einen Preis von 50.000 Euro übersteigen. Die Aufteilung eines Luxusguts in Einzelrechnungen soll verboten werden.) fordern wir die Einführung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 21 Prozent. Anders als im Bereich der Einkommensteuer ist es bei der Mehrwertbesteuerung dem Konsumenten nicht möglich, die Steuerlast durch
- 55 Buchungstricks zu mindern. Und auch hier gilt: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Mit einem erhöhten Mehrwertsteuersatz auf Luxusgüter würde somit auch ein Beitrag zu einer gerechteren Besteuerung in Deutschland geleistet.

#### *Antragsbereich W/Antrag 5*

*Bezirksverband Oberfranken*

*Empfänger:*

*Landesvorstand*

#### **W 5 Wirtschaftspolitische Debatte in der SPD**

(Überwiesen als Material)

- Wir treten in der wirtschaftspolitischen Debatte dafür ein, langfristige Entwicklungen in den Mittelpunkt zu stellen und sich nicht an kurzfristigen Brancheninteressen und aktuellen Forderungen von Unternehmensverbänden auszurichten. Dies zeigt
- 5 vielleicht Wirtschaftsnähe aber keine wirtschafts-politische Kompetenz und führt zu Wirkungen, die die Durchsetzung politischer Ziele gefährden - im Bereich der Strukturpolitik, der Umweltpolitik wie des Erhalts unseres Sozialsystems.
- 10 Wir halten für die zentralen Themen, die in der Debatte der SPD im Zentrum stehen müssen:
- Die Entwicklung der Investitionen: in der europäischen Privatwirtschaft ist deren schwache Entwicklung vor allem durch die mangelnde Nachfrage und die unsichere
- 15 Entwicklung auf dem Weltmarkt bedingt. Die bisherigen Versuche über Steuerentlastungen für Unternehmen Anreize zu schaffen, haben zu keiner Änderung geführt, weil sie keine neuen Absatzmärkte geschaffen haben. Dass die öffentlichen Investitionen aufgrund einer rein finanzpolitisch orientierten Austeritätspolitik ebenfalls hinter dem Bedarf zurückbleiben, dämpft die
- 20 wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich.
- Eine Änderung dieser Politik kann zur Stabilisierung des Euro-Raumes beitragen. Diese muss gegenüber der Austeritätspolitik Vorrang haben, da nur eine bessere wirtschaftliche Entwicklung die Chance auf eine Konsolidierung der Staatshaushalte
- 25 bietet. Zudem zeigt sich, dass ein Aufschwung in Deutschland nicht voran kommt, solange sich der Rest des EU in Krise und Stagnation befindet - sogar wenn dies gelingen könnte, dann nur um den Preis größerer Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, die den EU-Raum erneut destabilisieren können.